

EUROPA-INFORMATIONEN AKTUELL

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

9. März 2026

EU will Häfen und maritime Industrie strategisch stärken

Die Kommission hat am 4. März 2026 eine EU-Hafenstrategie und eine EU-Strategie für die maritime Industrie vorgelegt. Beide Mitteilungen sollen Häfen, Schifffahrt und Schiffbau wettbewerbsfähiger, sicherer und klimafreundlicher machen. Es handelt sich noch nicht um Gesetzgebung, sondern um strategische Ankündigungen, die den Rahmen für spätere Leitlinien, Förderprioritäten und mögliche Rechtsvorschläge setzen. Die Kommission ordnet beide Strategien in ihren Wettbewerbskompass und den Europäischen Pakt für die Meere ein.

Im Mittelpunkt der Hafenstrategie stehen Digitalisierung, bessere Anbindung an andere Verkehrsträger, Elektrifizierung und stärkere Netzanschlüsse. Zudem kündigt die Kommission einen eigenen Fahrplan für kleine und mittlere Häfen an. Damit richtet sich die Strategie nicht nur an große Containerstandorte, sondern ausdrücklich auch an kleinere Hafenstandorte und periphere Regionen.

Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf Eigentumsverhältnissen, Investitionen und wirtschaftlicher Sicherheit. Die Kommission will Leitlinien zum Umgang mit ausländischem Eigentum und ausländischer Kontrolle in EU-Häfen vorlegen sowie Investitionen aus Drittstaaten systematischer erfassen und bewerten. Das betrifft besonders Häfen, die für Lieferketten, Energiesicherheit oder militärische Mobilität wichtig sind. Politisch ist das bemerkenswert, weil Hafeninfrastruktur damit noch deutlicher als kritische Infrastruktur verstanden wird.

Auch der sicherheitspolitische Teil der Hafenstrategie fällt deutlich aus. Vorgesehen sind unter anderem Hintergrundüberprüfungen für Hafenbeschäftigte, Bewertungen von Drittstaatshäfen, ein Forum für den Austausch zwischen Hafen- und Cybersicherheitsbehörden sowie eine unionsweite Risikoanalyse zu Cybergefahren. Hinzu kommt der Anspruch, Drogenhandel, hybride Bedrohungen und Störungen in maritimen Lieferketten besser zu bekämpfen. Die Strategie behandelt Häfen damit nicht mehr nur als Verkehrsinfrastruktur, sondern ausdrücklich auch als Sicherheits- und Resilienzfaktor.

Die Strategie für die maritime Industrie richtet sich vor allem an Schiffbau, maritime Ausrüstung und Schifffahrt. Angekündigt werden eine europäische Allianz für maritime Wertschöpfungsketten, ein Forschungs- und Innovationsaufruf „Shipyards of the Future“, Maßnahmen zur Erneuerung und Dekarbonisierung der Flotte sowie Schritte zur Vereinfachung von Verwaltungsverfahren. Zugleich stellt die Kommission den Sektor stärker in einen industrie- und sicherheitspolitischen Zusammenhang. Europas maritime Industrie soll robuster gegenüber unfairer Wettbewerb werden und bei Dual-use-Kapazitäten, also zivil und militärisch nutzbaren Fähigkeiten, gestärkt werden. Für die Schifffahrt kündigt die Kommission außerdem einen Dialog mit den Mitgliedstaaten zur Stärkung der EU-Flaggen an. Öffentliche Mittel und

regulatorische Anreize sollen stärker genutzt werden, um Investitionen in Innovation, Digitalisierung, Dekarbonisierung und Flottenerneuerung auszulösen.

Die ersten Reaktionen aus Verbänden und Stakeholderkreisen fallen überwiegend zustimmend, aber fordernd aus. Europäische Hafenverbände wie ESPO und FEPORT begrüßen, dass die Kommission Häfen ausdrücklich als strategische Infrastruktur für Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Sicherheit einordnet. Aus der deutschen Hafenwirtschaft kommen ebenfalls positive Signale, allerdings verbunden mit dem Ruf nach mehr Investitionen, besseren Hinterlandanbindungen, einer Reform des Beihilferechts und größerer Verbindlichkeit bei der Umsetzung. Reederverbände begrüßen die stärkere industriepolitische Ausrichtung, die Arbeitnehmerseite verlangt eine stärkere Verankerung von Beschäftigung, Qualifizierung und sozialen Standards. Umweltverbände kritisieren dagegen, dass Meeres- und Naturschutz in beiden Strategien zu schwach ausgeprägt seien.

Für Mecklenburg-Vorpommern ist die Ankündigung unmittelbar relevant. Der Überseehafen Rostock meldet für 2025 einen Güterumschlag von 31,3 Mio. t. Damit betreffen die angekündigten EU-Maßnahmen zu Hafeninvestitionen, Sicherheit, Energieinfrastruktur, Hinterlandanbindung und Drittstaatenbeteiligungen einen zentralen Knotenpunkt der Außenwirtschaft und Ostseeanbindung des Landes. Auch der angekündigte Fahrplan für kleine und mittlere Häfen dürfte für weitere Küstenstandorte in Mecklenburg-Vorpommern von Interesse sein.

Politisch markieren die beiden Strategien einen Kurswechsel. Die Kommission betrachtet Häfen, Schifffahrt und Schiffbau nicht mehr nur als Verkehrs- oder Klimathema, sondern zunehmend als Bestandteil von Industriepolitik, wirtschaftlicher Sicherheit und europäischer Resilienz. Entscheidend wird nun sein, welche der angekündigten Maßnahmen tatsächlich mit Geld, Leitlinien oder späteren Rechtsakten unterlegt werden. Die Strategien sind deshalb weniger Abschluss als Startpunkt einer stärker geopolitisch geprägten EU-Meerespolitik.

[Pressemitteilung](#)

Bei Rückfragen kontaktieren Sie gerne:



Stephan Redlich
Vertretung des Landes
Mecklenburg-Vorpommern bei der
Europäischen Union
Boulevard St. Michel 80
B-1040 Brüssel

Telefon: +32 2 741 6771
E-Mail: stephan.redlich@mv-office.eu
Internet: www.europa-mv.de